

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener

Generalanzeiger

Organ von Staats-, Stadt- u. Gemeindebehörden.

Mittagszeitung der Stadt Wiesbaden.



Bezugspreis: In Wiesbaden u. Umgegend 3,00 M. vierteljährlich 10,00 M. Jahrespreis 36,00 M. Bei der Post 38,00 M. Ausland 42,00 M. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. Die Anzeigen der Wiesbadener Neuesten Nachrichten sind laut Verlagsbestimmung mit 500 Pf. gegen Abgabe der Kassenquittung des Verlegers zu belegen.

Anzeigenpreise: Die 4. und 5. Seite Wiesbaden u. Umgegend: 1. 1/2, 2. 1, 3. 1/2, 4. 1, 5. 1/2, 6. 1, 7. 1/2, 8. 1, 9. 1/2, 10. 1, 11. 1/2, 12. 1, 13. 1/2, 14. 1, 15. 1/2, 16. 1, 17. 1/2, 18. 1, 19. 1/2, 20. 1, 21. 1/2, 22. 1, 23. 1/2, 24. 1, 25. 1/2, 26. 1, 27. 1/2, 28. 1, 29. 1/2, 30. 1, 31. 1/2, 32. 1, 33. 1/2, 34. 1, 35. 1/2, 36. 1, 37. 1/2, 38. 1, 39. 1/2, 40. 1, 41. 1/2, 42. 1, 43. 1/2, 44. 1, 45. 1/2, 46. 1, 47. 1/2, 48. 1, 49. 1/2, 50. 1, 51. 1/2, 52. 1, 53. 1/2, 54. 1, 55. 1/2, 56. 1, 57. 1/2, 58. 1, 59. 1/2, 60. 1, 61. 1/2, 62. 1, 63. 1/2, 64. 1, 65. 1/2, 66. 1, 67. 1/2, 68. 1, 69. 1/2, 70. 1, 71. 1/2, 72. 1, 73. 1/2, 74. 1, 75. 1/2, 76. 1, 77. 1/2, 78. 1, 79. 1/2, 80. 1, 81. 1/2, 82. 1, 83. 1/2, 84. 1, 85. 1/2, 86. 1, 87. 1/2, 88. 1, 89. 1/2, 90. 1, 91. 1/2, 92. 1, 93. 1/2, 94. 1, 95. 1/2, 96. 1, 97. 1/2, 98. 1, 99. 1/2, 100. 1.

Verlag: Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Nikolaistraße 11. Fernruf: 5915 und 5916.

Druck: Druckerei: 1. 1/2, 2. 1, 3. 1/2, 4. 1, 5. 1/2, 6. 1, 7. 1/2, 8. 1, 9. 1/2, 10. 1, 11. 1/2, 12. 1, 13. 1/2, 14. 1, 15. 1/2, 16. 1, 17. 1/2, 18. 1, 19. 1/2, 20. 1, 21. 1/2, 22. 1, 23. 1/2, 24. 1, 25. 1/2, 26. 1, 27. 1/2, 28. 1, 29. 1/2, 30. 1, 31. 1/2, 32. 1, 33. 1/2, 34. 1, 35. 1/2, 36. 1, 37. 1/2, 38. 1, 39. 1/2, 40. 1, 41. 1/2, 42. 1, 43. 1/2, 44. 1, 45. 1/2, 46. 1, 47. 1/2, 48. 1, 49. 1/2, 50. 1, 51. 1/2, 52. 1, 53. 1/2, 54. 1, 55. 1/2, 56. 1, 57. 1/2, 58. 1, 59. 1/2, 60. 1, 61. 1/2, 62. 1, 63. 1/2, 64. 1, 65. 1/2, 66. 1, 67. 1/2, 68. 1, 69. 1/2, 70. 1, 71. 1/2, 72. 1, 73. 1/2, 74. 1, 75. 1/2, 76. 1, 77. 1/2, 78. 1, 79. 1/2, 80. 1, 81. 1/2, 82. 1, 83. 1/2, 84. 1, 85. 1/2, 86. 1, 87. 1/2, 88. 1, 89. 1/2, 90. 1, 91. 1/2, 92. 1, 93. 1/2, 94. 1, 95. 1/2, 96. 1, 97. 1/2, 98. 1, 99. 1/2, 100. 1.

Nummer 17

Freitag, den 21. Januar 1921.

36. Jahrgang

Das „deutsche Problem“.

Der Kampf um die Masse der Fragen, die mit der Durchführung des Friedensvertrages zusammenhängen, ist auf seinem Höhepunkte angelangt. Alles drängt zur Entscheidung, die endlich Ruhe in die ewige Bewegung der Ereignisse bringen soll. Und alles weist darauf hin, daß die Epoche der Drohungen und der einseitigen Forderungen der deutschen Verpflichtungen endlich durch eine Zeit abgelöst wird, in der Vernunft und Rücksichtnahme auf die Existenz des deutschen Volkes und seiner Lebensbedürfnisse eine größere Rolle als bisher spielen werden. Ohne in einen überholten Optimismus bezüglich der Zukunft zu verfallen, kann man aus dem Wirrwort der sich überlagernden und widersprechenden Meinungen doch das eine herauszulesen, daß der Wille zur Verständigung überall vorhanden ist. Und das ist immerhin etwas.

Um die Gesamtschuld.

Briand beim deutschen Vizekonsul.

Am 18. Januar abends suchte der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Vizekonsul in Paris auf und besprach mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die Reparationsfrage. Der Vizekonsul führte dabei aus, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgelegt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil, daß man auf der Grundlage der Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man die Lösung nur für eine Seite getroffen, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende sehe und fürchten werde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe sich die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die im Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden seien, bereit erklärt, über die Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Vizekonsul betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Reparationsleistungen mehr als einen Teil der von ihm verlangten Summe und anderes in natura zu leisten. Briand drückte die Hoffnung aus, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Diese Nachricht würde ein Aufgeben des deutschen Standpunktes in der Wiedergutmachungsfrage darstellen. Bisher hat die deutsche Regierung daran festgehalten, daß die Festlegung der Gesamtschuld als Grundlage der Verhandlungen dienen müsse.

Deutschland im Programm des Kabinetts Briand.

Ministerpräsident Briand gab gestern in der französischen Kammer die erwartete programmatische Erklärung ab, die gleichzeitig im Senat durch den Minister des Innern verlesen wurde. Wir entnehmen dem von Davaud verbreiteten Auszug vorläufig die auf das „deutsche Problem“ bezüglichen Stellen.

Es heißt da: „Wir haben einen Friedensvertrag mit Deutschland, aber wir haben noch nicht Frieden, den einmaligen, der dauerhaft und von Bestand sein kann, den Frieden der Gerechtigkeit und der Moral.“

Der die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs betreffen und die Sicherheit Frankreichs betreffen wird. Wir werden diese Sicherheit nur erlangen, wenn Deutschland entmachtet wird. Das ist für unser Land eine Lebensfrage, die der Regierung die erste und heiligste ihrer Pflichten vorschreibt. Wir werden uns dieser Pflicht nicht entziehen. Der Wiederaufbau unseres verwüsteten Bodens, unserer zerstörten Industrien und das Gleichgewicht unserer Finanzen sind nur möglich, wenn Deutschland die Reparation leistet, die der Friedensvertrag ihm auferlegt. In dieser Hinsicht werden die Alliierten aus ihrer Unterdrückung gewahren. Wir verlangen das im Namen des Rechtes und der Gerechtigkeit, für die wir gekämpft und für die wir gekämpft haben.“

Die Völker sehen sich nach der Wiederaufnahme des Lebens aus. Aber die Rückkehr zu normalen Beziehungen ist nur dann möglich, und das Unbehagen, das auf der Welt lastet, kann nur dann zerstreut werden, wenn die fürchterliche Ungerechtigkeit von gestern wieder gutgemacht wird. Deutschland ist besetzt, aber seine Fabriken sind zerstört worden. Seine produktiven Kräfte sind ganz erschöpft und selbst die Bevölkerung des Westens, wie sie ihm die Niederlage auferlegt hat, öffnet ihm in weitem Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausdehnung. Es ist nicht, Deutschlands schnelle Wiedergeburt vorauszusetzen, sondern liegt in der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten. Aber der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des Volkes, das der Angreifer war, nach seiner Niederlage zu dem Ruin des Volkes, das den Sieg davongetragen hat, das ist eine Herausforderung der elementarsten Gerechtigkeit, die Frankreich nicht annehmen kann. Wir haben die Gewalt. Wir könnten es und wir würden es verüben, um ihrer zu bedienen, wenn es nicht wäre, ihm den Respekt vor allen unterdrückten Verpflichtungen aufzuweisen. Aber das republikanische Frankreich ist keinem Völkernachschick und im Frieden wollen wir Deutschland zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen. Frankreich verlangt alles, was ihm zusteht. Es ist vernünftig, es verlangt

nichts, was unmöglich ist.

Aber was schon jetzt gefordert wird, das ist, daß alle Möglichkeiten der Bezahlung der Schulden in Geld, in natura und in Beteiligungen aller Art zum Vorteil des Gläubigers

durchgeführt werden. Das ist nur Gerechtigkeit. Es ist unsere Ansicht, daß dieses Ziel nur durch eine enge Einwirkung zwischen den Verbündeten erreicht werden kann. Das enge Bündnis mit England ist die Grundlage unserer auswärtigen Politik.“

Die bevorstehende Tagung des obersten Rates.

Von besonderer Seite schreibt man uns:

Der oberste Rat der Alliierten wird in seiner Tagung sehr bedeutungsvolle Entscheidungen zu treffen haben, da im gegenwärtigen Augenblick die politische Lage Europas ungeklärt ist, als es jemals seit dem Waffenstillstand der Fall war. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten der englischen und französischen Presse, unmittelbar vor entscheidenden Entscheidungen des obersten Rates, lebhaft die in Aussicht stehende Debatte und die zu lösenden Probleme zu besprechen, herrscht nunmehr in der englischen sowohl wie auch in der französischen Presse großes Stillschweigen. Einige französische Blätter, so u. a. das „Echo de Paris“ stellen mit zufriedener Behäuflichkeit die vollständige Übereinstimmung unter den Alliierten fest. Ganz flüchtig wird das an sich nebensächliche Problem der Entlassung berührt, indem erklärt wird, daß man Deutschland für die Entlassung noch eine angemessene Frist lassen würde.

Angeht es der neuen politischen Entwicklungen in Frankreich darf man annehmen, den französischen Regierungsmännern komme es gegenwärtig mehr darauf an, eine Lösung in der Wiedergeburt der Entlassungsfrage zu finden, als neue Verwicklungen wegen der Entlassungsfrage hervorzurufen. Engländerseits ist zwar einmal ausgesprochen worden, man werde anstelle einer Befragung des Ruhrgebietes den Einmarsch in Bayern vorsehen, falls dieses seine Einwohnerwehren und seine Truppen nicht sofort auflöse. Mit dieser Drohung hat es aber eine eigenartige Bewandnis. Die Engländer wollen es unter allen Umständen vermeiden, die Entlassung Deutschlands mit Macht, mittels an erzwungen. Wenn sie jetzt auf die Möglichkeit hinweisen, Bayern besetzen zu lassen, so kann es ihnen doch nur darauf ankommen, Frankreich von einer Befragung des Ruhrgebietes abzuhalten. Entschiedenem Einfluß auf die Willkür der Alliierten dürfte aber die Antwort der amerikanischen Regierung an Frankreich haben, in der mit Entschiedenheit die Mißbilligung Amerikas gegenüber einem gewaltsamen Einmarsch in deutsches Gebiet zum Ausdruck gebracht wird.

Aller Voraussicht nach werden die Alliierten in der Entlassungsfrage zu dem einstimmigen Schluß kommen, von der deutschen Regierung die Unterzeichnung eines Protokolls zu verlangen, in welchem innerhalb einer festzusetzenden Frist die Verpflichtung zur Auflösung und Entlassung der bayerischen Einwohnerwehren und der Organe von Deutschland übernommen werden soll. Dagegen wird die Wiedergutmachungsfrage eine hauptsächlichste Rolle spielen, denn hier kreuzen sich immer noch die Auffassungen der französischen mit denen der englischen Regierung. Wenn sich auch beide in dem Ziele einig sein mögen, die Festsetzung einer Gesamtentschädigungssumme nach Möglichkeit vorläufig zu vermeiden, so steht es nicht an dem scharfen Gegensatz in der Beurteilung wirtschaftlicher Entschädigungsleistungen Deutschlands. Wenn England in der Kohlenlieferungsfrage bisher ein Auge zugedrückt hat, erklärt sich das nur in dem Bestreben, die deutsche Konkurrenz auf dem Kohlenmarkt zu beseitigen. Anders ist es jedoch bei den Raturallieferungen, die Frankreich von Deutschland verlangt. Hier befürchtet England eine beratene Überfremdung des Weltmarktes mit deutschen Waren, daß eine außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrisis eintreten muß, umal Frankreich in der Lage ist, die ihm als Entschädigung gelieferten deutschen Waren außerordentlich billig auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Ob also in dieser Frage eine Einigung zwischen England und Frankreich ermittelbar werden kann, ist demnach sehr zweifelhaft. Auf der Tagesordnung der Sitzung des obersten Rates steht u. a. auch die Orientfrage. Von großem Interesse ist hierbei die Frage, ob sich die Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich wegen der Türkei und wegen Griechenland fortspinnen werden, oder ob schließlich die türkische Angelegenheit und die Palästinafrage zur Entscheidung stehen werden.

Die Verwirrung in der Türkei dürfte den Alliierten keine Mühsal sein. Im gegenwärtigen Augenblick ist ein Entschluß zu kommen. Das Palästina und Syrien anlangt, so stehen hier noch sehr schwere Auseinandersetzungen zwischen dem englischen und französischen Imperialismus bevor, die um so scharfer geführt werden müssen, als bereits Amerika Veranlassung genommen hat, in dieser Angelegenheit ein ernstes Wort mitzutönen.

Paris, 20. Jan. „Petit Parisien“ will wissen, daß die Verhandlungen zwischen Briand und seinen Alliierten Kollegen so weit gediehen sind, daß man dem obersten Rat einen wenigstens in den Hauptzügen klar umrissenen Reparationsplan vorlegen könne. — Das „Petit Journal“ berichtet, daß die Verhandlungen der hochherzigenen eifrigen Arbeit in die Beratungen gebracht haben, die seit der Unterzeichnung des Versailler Friedens sehr vernachlässigt gewesen seien.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag lehnte gestern nach längerer Debatte den Antrag der Unabhängigen ab, durch den Bayern gezwungen werden sollte, den Besatzungszustand aufzuheben. Die vorgetragene Debatte über Oberschlesien wurde vertagt.

Ein Kommunisten-Komplot.

Berlin, 20. Jan. (Mitteil.) Gestern Vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen illegalen Kampforganisation in Westdeutschland festgenommen, darunter der wegen seiner kommunistischen, ausgedehnten Tätigkeit wohl bekannte Hermann Thälmer. Bei den Durchsuchungen wurde reichlich Material über die Bildung einer roten Armee in Westdeutschland gefunden. Die Organisation baute sich in Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen unter einer Oberleitung mit dem Sitz in Offen auf. Aus den vorgefundenen Papieren und dem Gehältnis des Thälmer wurde festgestellt, daß der Plan auf einen revolutionären Sturz der Regierung und der Verfassung und zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats abzielte. Die sieben Festgenommenen, die größtenteils gekühdia sind, wurden nach Soest gebracht und dem Staatsanwalt des anherberordentlichen Gerichts vorgeführt. Das Gericht selbst begibt sich heute noch nach Soest.

Der neue Oberbürgermeister von Berlin.

Berlin, 20. Jan. Bei der gestern abgehaltenen Wahl wurde Stadtkämmerer Koch mit 114 Stimmen gewählt, 95 Stimmen waren auf den unabhängigen Stadtvorstandsvorsteher Benzl gefallen, 6 Stimmen waren ungültig. Bei der Bekanntgabe des Ergebnisses fehlten die Kommunisten einen starken Arm ins Werk und bezeichneten die Sozialdemokraten als Sozialistenversüßter.

Die Minderheit erklärte, die Wahl anfechten zu wollen, was in den Reihen der Mehrheit heftigste Hervorrief. Aus dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen berechnet eine Berliner Korrespondenz, daß für Koch gestimmt haben die Demokraten, die Wirtschaftliche Vereinigung, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten, für Dr. Benzl die Unabhängigen, die Kommunisten und die Deutschnationalen (?). Von letzteren wurde eine Erklärung überreicht, in der beide Bewerber als gleich wenig geeignet bezeichnet werden, um in dieser schweren Zeit ihre Aufgabe zu bewältigen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Eine Entschädigung der Gewerkschaften.

Berlin, 21. Jan. Der Aufsicht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm gestern zur Frage der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft Stellung und forderte in einer einstimmig angenommenen Entschädigung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Die bisherige Behandlung der Sozialisierungsfrage durch die Reichsregierung wird in der Entschädigung einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders wird erklärt, daß kein Entschädigung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Gewerkschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden könne.

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird unter folgenden Bedingungen gefordert: Alle Erträge gehören der Nation; die Ausbeutung wird gemeinwirtschaftlich organisiert, das Eigentum an den Bergwerken wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen; die Kohlenbewirtschaftung wird für das ganze Reich einheitlich geregelt; Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden; den Arbeitern und Angestellten ist ein Mitbestimmungsrecht bei der Wirtschaftsführung zu sichern; die Preisregelung soll unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen.

Die Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieses Programms in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen, und erwarten, daß die Reichsregierung es nicht zu folgenreichen Konflikten kommen läßt.

Die Zwangsverwaltung Deutschlands.

Von unterrichteter Seite wird unserem Berliner Vertreter mitgeteilt: Der französische Minister für die besetzten Gebiete, Loucheur, hat dieser Tage einem Pressevertreter gegenüber geäußert, in Frankreich bedächtige man, Deutschland unter Zwangsverwaltung zu stellen, weil es sich für zahlungsunfähig erkläre. Diese als ernst zu nehmende Äußerung stellt in erster Linie eine Warnung gegen die deutsche Regierung dar. Die Entschädigungsfrage steht nämlich gegenwärtig vor solchen problematischen Entscheidungen: Da Deutschland keine positiven Vorschläge über die Zahlung einer Gesamtentschädigung gemacht hat, glauben die Alliierten, keine Garantie dafür zu haben, daß Deutschland in der Lage wäre, eine so leicht feststehende Entschädigungssumme zu entrichten. Der deutsche Bericht über die Finanzlage des Reiches stellt nach ihrer Meinung eine verheerende Bankrotterklärung dar. Diese nötigt die Alliierten, zunächst ein Provisorium zu schaffen, und in dieser Zeit eine scharfe Kontrolle über die deutschen Finanzen durchzuführen, damit Deutschland nicht absichtlich seine finanziellen Verhältnisse verschlechtert, um eine möglichst niedrige Entschädigungssumme herauszuschlagen. Die gegenwärtige Politik Frankreichs läuft darauf hinaus, Deutschland zu zwingen, in der Entschädigungsfrage ein Provisorium anzuerkennen. Da die deutsche Regierung laut Friedensvertrag berechtigt ist, bis zum 31. März die Festlegung einer endgültigen Entschädigungssumme zu verlangen, sollen die französischen Maßnahmen den Zweck haben, die deutsche Regierung zu veranlassen, auf dieses ihr zustehende Recht Verzicht zu leisten.

Tarifierhöhung des städtischen Krankenhauses.

Als Punkt 2 der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung ist die Erhöhung der Pflegekosten im städtischen Krankenhaus aufgeführt. Nach einem Bericht des Magistrats ist der Grund für diesen im Interesse der Kranken und Krankenversicherungsanstalten höchst bedauerlichen Beschlusses, den die Krankenhausdeputation nur „schweren Herzens“ gefaßt habe, auf zwei Ursachen zurück zu führen. Einmal betragen nach einer Berechnung auf Grund der am 1. Jan. 1921 gültigen Lohnsätze und Lebensmittelpreise die durchschnittlichen täglichen Selbstkosten für einen Kranken in der 1. und 2. Klasse 46.20 Mark, in der 3. Klasse 34.25 Mark. Zweitens haben die Vorstände der Wiesbadener Privatkrankenhäuser dem Magistrat mitgeteilt, daß sie ihre Betriebe bei den jetzt bestehenden Pflegekosten nicht mehr aufrecht erhalten könnten. Eine Erhöhung der Pflegekosten könnten sie jedoch nur dann vornehmen, wenn das städtische Krankenhaus seine Tarife entsprechend erhöhen würde, da andernfalls die Kranken aus ihren Betrieben in das städtische Krankenhaus abwandern würden.

Die Krankenhaus-Deputation schlägt deshalb vor, daß die auswärtigen Selbstzahler bei der 3. Klasse, ferner die Berufsgenossenschaften, Versicherungen, Pöbelgefängnisse, Militärpersonen und die Kranken der Armenverwaltung, statt wie bisher 20 Mark vom 1. Februar ab den unachtfachen Selbstkostenpreis von 35 Mark zu zahlen haben, während die einheimischen Krankenkassen 25 Mark zahlen sollen (bisher 15 M.). Demselben Betrag hat der Magistrat für die einheimischen Selbstzahler in der 3. Klasse festgesetzt, während die Kr.-Deputation nur 20 Mark dafür in Ansatz brachte. Doch soll eine Ermäßigung um 25 Prozent bei alleinstehenden Personen mit einem Einkommen unter 8000 Mark und bei Verheirateten mit einem Einkommen unter 12 000 Mark eintreten. Ferner soll in besonderen Fällen in allen Klassen durch Beschluß der Kr.-Deputation oder der Fürsorge-Deputation eine weitere Ermäßigung eintreten können, die nicht an das Einkommen gebunden ist.

Endlich sieht der heute zu beratende Antrag die Erhebung von besonderen Gebühren als teilweisen Ersatz für Verbandmaterial, Wäscheverbrauch, Karfote u. dergl. vor und zwar betragen diese Gebühren in der chirurgischen und Frauenklinik in der 1. und 2. Klasse 200 Mark, in der 3. Klasse 100 Mark für Entbindungen werden besonders erhoben in der 1. und 2. Klasse 100 Mark, in der 3. Klasse 50 Mark.

Im Einzelnen betragen, wenn der Antrag angenommen wird, die Sätze: In der 1. Klasse für Auswärtige 70 M., (bisher 50), für Einheimische 55 (45), auswärtige Kinder 40 (30), einheimische Kinder 30 (24), wozu im Winter ein Heizungszuschlag von 7 (3) Mark kommt. — In der 2. Klasse zahlen Auswärtige 55 (40) Mark, Einheimische 40 (30) M., auswärtige Kinder 30 (22), einheimische Kinder 20 (16) M., Heizung kostet hier 5 (3) M. In der 3. Klasse ist der Satz für auswärtige Selbstzahler und Krankenkassen und alle von Genossenschaften, Versicherungen, von Staatswegen, der Armenverwaltung usw. überwiesene Kranke 35 (20) M., einheimische Krankenkassen und Selbstzahler sollen 25 (15) Mark bezahlen, auswärtige Kinder 15 (10) Mark, einheimische Kinder 10 (6) Mark.

Der Magistrat hofft mit den hierdurch einahebenden Mehreinnahmen, deren Gesamtbeitrag für Februar und März auf 334 525 Mark veranschlagt ist, einen Teil des Defizits abzuwehren, der außer dem im Etat vorzulesenden Zuschuß für das laufende Rechnungsjahr (in Höhe von 1 787 890 M.) mit 735 000 Mark berechnet wird. Die Differenzkosten, die durch die Ermäßigung der Pflegekosten für einheimische Selbstzahler gegenüber den Selbstkosten entstehen und die Ermäßigung, die auf Veranlassung der Fürsorge-Deputation in besonderen Fällen gewährt wird, sollen aus dem Etat der Fürsorge-Verwaltung gedeckt werden.

Der Antrag stellt jedenfalls ein Bild der grotesken Verteuerung des gesamten Lebensniveaus dar, unter der die Allgemeinheit leidet, und der gegenüber alle Forderungen auf Verbesserung der Lage gewiß in einem anderen Maße erscheinen. Es würde von einem Interesse sein, die Selbstkostenberechnung spezifiziert zu sehen, wonach um Geheuerheiten vorgenommen. Wenn man berücksichtigt, daß im Kriegsjahre 1916/17 die Ausgabe des städtischen Krankenhauses bei 270 858 Verpflegungstagen einschließlich 99 076 Verpflegungstagen für Ärzte, Schwestern und Personal, auf den Kopf der an der Selbstkosten teilnehmenden Personen berechnet, 2,07 Mark betrug, geben die jetzt überhöhten Selbstkosten immerhin allerhand Vergleichsmöglichkeiten. Besonders, wenn man in Betracht zieht, daß vom 1. Februar ab für Heizung in der 2. Klasse allein 5 Mark pro Tag zu bezahlen sind.

Die von der Krankenhaus-Deputation berechneten Sätze werden manchem Bürger zu hoch scheinen, besonders, wenn er sie mit den Pensumspreisen vergleicht, die in vielen Wiesbadener Gaststätten gefordert werden. Umso mehr wäre eine

Zusammenstellung der Einzelpreise erwünscht. Wir haben an den Magistratsstellen das Vertrauen, daß ihre Berechnung auf kaufmännischer Grundlage beruht. Auch kann man einem Anwalt wie dem Krankenhaus gegenüber nicht die Forderung auf Sparsamkeit in demselben Maße stellen wie bei anderen Zweigen der Verwaltung. Was hier geschehen kann, fällt in das Gebiet des neuen städtischen Medizinalrats, der gewiß reichliche Arbeit vorfindet. In diesem Zusammenhang möchten wir nicht verschweigen, daß uns in der letzten Zeit verschiedene Klagen über die Verpflegung und andere Mängel im städtischen Krankenhaus zugegangen, die wir allerdings nicht besonders „tragisch“ nehmen, weil erfahrungsgemäß das subjektive Gefühl erkrankter und leidender Personen besonders empfindlich ist. Auch an Vorschlägen und Forderungen bezüglich Verbesserung der Kassenanteile hat es nicht gefehlt. Doch halten wir diese Anregungen nicht für diskutabel, weil sie zu sehr in die persönliche Arbeit und Selbstbestimmung des Einzelnen eingreifen und bei allem Eintreten für soziale Gleichberechtigung und Aufhebung der Schranken zwischen den Menschen doch auch Rücksicht auf die Finanzen der Krankenhäuser und die Praxis der Ärzte annehmen werden muß.

Jedenfalls ist die ungeheuerlich erscheinende Verteuerung der Krankenhauskosten ein neuer Beweis der Unmöglichkeit unserer ganzen wirtschaftlichen Lage, die nach allen Seiten hin nach Abwärts und Wertverminderung unseres Geldes geradewegs schreitet. Und es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß gerade das Geld, das unveräußerliche Krankengeld, das gerade das Geld, das höchsten von allen Begeisterungen des Lebens befeuert werden muß, so doch die Sätze beinahe trostlos stimmen mit denen bei den nichtstädtischen gemeinnützigen Anstalten die Erhöhung der Tarife damit begrundet werden muß, daß die Krankenhausverwaltung keinerlei Verpflichtung oder auch nur Berechnung habe, hier Ermäßigungen eintreten zu lassen. Rot kennt eben kein Gebot.

Die Teuerungszulagen.

Berlin, 20. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den Teuerungszulagen zu den Beamtengehältern. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, der vom Reichsrat beschlossenen Verringerung des Entwurfs zuzustimmen. Er sei zwar bereit, für die Mehrkosten, die den Ländern aus der Erhöhung der Teuerungszulagen erwachsen, Mittel in den Reichshaushaltplan einzustellen, soweit diese Mehrkosten nicht bereits gedeckt werden. Er erachte es aber nicht für angebracht, eine Verpflichtung hierzu im Gesetz selbst festzusetzen. Ebenso lehne er es auch ab, die etwa den Ländern entstehenden Mehrkosten auf die Reichsmittel zu übernehmen. Weiter erklärte der Minister: Die neue Stellungnahme der Regierung zu den Teuerungszulagen beruhe auf einer hochpolitischen Erwägung. Seine im Oktober und November vertretene Ansicht über eine feste Fixierung der Beamtengehälter sei eine Notwendigkeit. Die Atmosphäre in der Reichsregierung sei eine völlig neue gegen die in der Zeit des Übergangs. In der Beamtenbewegung habe durch das Eindringen des gewerkschaftlichen Gedankens eine ganz neue Entwicklung eingekehrt. Man solle nicht glauben, daß durch die Gewährung von 10 Proz. im Dezember die ganze Entwicklung abgemittelt wäre. Der Hauptausschuß nahm jedoch den Gesetzentwurf an, durch welchen die Teuerungszulagen zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Jan. 1921 ab folgendermaßen festgelegt werden: Für Orte der Ortsklasse A auf 70 Proz., B auf 67 Proz., C auf 65 Proz., D auf 60 Proz., und E auf 55 Proz. Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dagegen die vom Reichsrat dem Gesetzentwurf hinzugefügte Bestimmung abgelehnt, nach welcher den Ländern an dem Ertrage der neu einzuführenden Steuern Anteile zu gewähren seien. Der Antrag Delius (Dem.) und Dr. Fahnstich (Dem.), ein Ortsklassengesetz mit erhöhter Beschlussschnelligkeit vorzulegen und darin die Orte mit den gleichen Teuerungszulagenverhältnissen in die gleichen Orte einzureihen, wurde angenommen.

Rundschau.

Ariasogefangenenheimkehr aus Japan.

Berlin, 20. Jan. Der japanische Dampfer „Kaito“ mit 1700 reichsdeutschen Ariasogefangenen trifft, aus Vladivostok kommend, voraussichtlich am 22. Januar vormittags in Brunsbüttelkoog ein. Die Ariasogefangenen werden von dort nach dem Postdamer Lager gebracht, von wo die endgültige Entlassung in ihren Heimatort in zwei bis drei Tagen später erfolgt.

Eine Niederlage der Griechen?

Paris, 21. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die Truppen Kemal Paschas in Anatolien eine allgemeine Offensive gegen die Griechen begonnen. Sie sollen diese gewonnen haben. Asmid zu räumen und Brussa besetzt haben. Die Kemalisten

Dinstag nicht nur Kassenrückichten zu verfolgen hat. Es liegt nahe in dieser Betrachtung auf neue zu bedauern, daß bisher anscheinend sich die vielfach anerkannte Verbindung der Kurverwaltung mit der Leitung oder der Kassenführung der Staatsbahn, wozu auch noch mit erheblicher Aussicht auf eine Behebung der Unterhaltungsabende die anderen heimischen und künftlerisch wertvollen Faktoren treten könnten, noch nicht ernstlich lieh. Ein Handredner und ein Kompositionsdarsteller lassen sich zur Not aueus unbedeutend sein muß, auch von hier aus verschreiben!

„Kean“ von Kallie Schmidt. Aus Darmstadt, 18. Jan., wird uns geschrieben: Kallie Schmidt hat soeben das Schauspiel „Kean“ (nach Dumas) vollendet, und hat es zur Uraufführung, die in Kürze stattfindet, dem Hessischen Landestheater in Darmstadt übergeben.

Ein 16-jähriger Opernkompant. Adrian Becham, der 16-jährige Sohn von Sir Thomas Becham, hat eine Oper: „Der Kaufmann von Venedig“ komponiert, die in London am 1. Februar zur Aufführung gelangen wird. Der junge Komponist, der bereits seit seinem fünften Jahre sich mit dem Komponieren beschäftigt, hat schon zwei Opern, ein Ballet und verschiedene kleinere Werke geschrieben. Er ist selbst ein guter Pianist und besitzt viel Übung mit den meisten Orchesterinstrumenten. Auch das Libretto hat der junge Becham selbst verfaßt, dem als Unterlage der Schafoperte die Text diente.

Ein Aufbruch der Götter Spahr-Gesellschaft. Die seit 1908 mit dem Sitz in Gießen bestehende Spahr-Gesellschaft, die sich die Pflege des Denkens an den Komponisten Louis Spahr, den Großmeister des deutschen Violoncells, als Ziel gesetzt hat und deren Mitglieder sich auf alle Teile Deutschlands wie auch auf das Ausland verteilen, hat in den letzten Jahren mit Erfolg an dem Ausbau eines Spahr-Museums gearbeitet. Die Sammlungen sind bereits soweit vorangeschritten, daß sie in Kürze der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Nach dem auf Spahr bezüglichen Erinnerungen sind auch solche seiner Schüler, Freunde und Zeitgenossen aufgenommen worden, so daß das Museum ein weitestgehendes Interesse erregen wird. Die Gesellschaft bittet alle Verehrer des Meisters, die weitere Ausgestaltung des Museums durch Bereitstellung von Spenden, Ueberführung ausweidender Mitteilungen, Erwerb der Mitgliedschaft oder Zuweisung von Spenden fördern zu wollen. Alle Aufschriften beliebe man an die Spahr-Gesellschaft, Gießen, Friedrichstr. 17, zu richten.

besaßen, 4900 Gefangene gemacht und 17 Feldgeschütze erbeutet zu haben. Die türkischen Blätter sind über diese Meldung begeistert.

Die Souditalisten in Spanien.

Barcelona, 20. Jan. Das Rote Soudital hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Letzte Nacht wurde ein Arbeiter getötet. Ferner wurde der Ordonnanz-Offizier des Direktors der öffentlichen Sicherheit von Unbekannten durch Revolvergeschosse getötet.

Mitteilungen aus aller Welt.

Ueberschwemmung in Mexiko. Nach einer Havas-Meldung aus Mexiko sind in Pachuca infolge der Ueberschwemmungen hundert Personen ertrunken.

Niesige Brickettsdiebstähle. Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier erhalten wir folgende Nachricht: Die Diebstähle auf den Werken, ganz besonders die Brickettsdiebstähle, haben einen derartigen Umfang angenommen, daß auch eine empfindliche Verletzung des Gemeininteresses eintritt, insofern große Mengen Bricketts durch Diebstähle der Allgemeinheit und insonderheit auch der amtlichen Bewirtschaftung entzogen werden. Die auf diese Weise der Allgemeinheit entzogenen Mengen sind sehr groß; allein im Braunkohlenrevier betragen sie im November mehr als 12 000 Tonnen. Im allgemeinen geben diese Diebstähle in der Weise vor sich, daß die von der Arbeit kommenden Leute das Diebstahl an einer Stelle der Einriedelung niederlegen, wo sie es nach Verlassen des Werkes abholen, um es in Rudsteden nach Hause zu tragen. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß die Wächter mit der Schutzwaffe ausrücken wurden, den Dieben Bricketts in die Sack zu füllen.

Ein Raubmord wird aus Wertheim a. M. gemeldet. Ein auswärtiger Geschirrhändler fuhr Montag abend in Begleitung seiner Frau nach Wertheim und ging, um nach Quartier zu bestellen, seinem Gefährt voraus. Als seine Frau nach lauem Warten nicht eintraf, ging er zurück und fand sie ermordet und beraubt auf der Straße vor. Der Mörder hatte seinem Opfer den Kopf vom Rumpfe getrennt.

Der Dien als Geldschrank. Große Summen Geldes sind, wie geschrieben wird, in Braunschweig dem Unkraut der Landbevölkerung, den Dien als Geldaufbewahrungsmittel zu verwenden, in diesen Tagen zum Opfer gefallen. An der Gemeinde Adenhausen bei Göttingen wurde der Hausherr lange in der Ofenröhre 75 000 Mark Papiergeld. Seine Frau von dieser Aufbewahrung keine Ahnung hatte, machte sie Feuer an, das die 75 000 Mark Papiergeld aufzehrte. Ebenso erging es einem Einwohner in Salze, der viele tausend Mark in Banknoten zur sicheren Aufbewahrung einem Dien anvertraute. Während einer kurzen Abwesenheit des Mannes ließ die Ehefrau den Dien anwärmen und vernichtete auf diese Weise die gesamten papiernen Ersparnisse.

Näherlich 12 000 Strakenunfälle in London. Die Londoner Rettungsgeellschaft veröffentlicht eine Statistik der Unfälle, die sich im letzten Jahre in den Straßen Londons durch Zusammenstoß von Fußgängern mit Fußtrauern ereignet haben. Die Endziffer ist gegen das Vorjahr gewachsen und lautet: 12 000. Das sind 32 Unfälle an einem Tage, oder mit anderen Worten: durchschnittlich alle 45 Minuten wird ein Mensch in London überfahren. Da versteht man, daß in London die Versicherungsgeellschaften gegen Strakenunfälle immer mehr zahlen.

Neue Sorte von Dämonen. Im Winterportdorf Oberdorf in Oberbayern hat die Ortspolizeibehörde das öffentliche Erscheinen von Dämonen in Höfen verboten und Auswärtigen Handlungen mit Strafe bedroht. An der Bekanntmachung heißt es: Die Verhütung richtet sich insbesondere gegen jene Sorte von Dämonen, die innerhalb des Ortes, in der Cafés und in den Hotels in einer Orientierung auftreten, die in Schritt und Tritt jedem Auswärtigen sofort sichtbar und nicht verheimlicht werden können. Das Tragen von Dämonen wird von der Verhütung nicht bestraft.

Ein Jagdfreund. Auf einer medienburgischen Gemeinde jagd, die an die Staatsforsterei anreicht, eröffnete der neue Nachwächter auf seiner Revierbesuche auf 400 Schritt ein Damerfeuer von 20 Schuß auf ein über Feld weiches Städtchen. Notwehr. Erfo: fünf lauffraktschöne Städtchen. Nachschneegewehr und Entfernungsmesser fehlen dem betreffenden Nachwächter noch zu seiner Nachschneegewehr.

Amtlicher Wetterbericht.

Höchstwärme des vergangenen Tages	6 Celsius
Niedrigstwärme der letzten Nacht	6 Celsius
Niederschlagshöhe der letzten 24 Stunden, gemessen in Weilburg:	1 mm
„ „ „ „ Koblenz:	1 mm

Voraussichtliche Witterung für morgen:

Meist wolzig bis bedeckt, vielfach auch neblig, doch nur strichweise leichte Regenschauer. Temperatur wenig geändert.

Goethes Schauspiel bilden den Hauptinhalt der neuen, von Dr. Ernst Leopold Stahl herausgegebenen Dramaturgischen Reihe, deren Zweck bekanntlich der ist, die deutschen Bühnen, zum Vereinigen und Literaturfreunde auf unbekanntes oder wenig bekanntes Gut hinzuweisen. Die Singspiele von Goethe gehören hierzu. In Referaten von Dr. K. Doll, Dr. Kröcher, Dr. Stahl u. a. ist jedes davon mit einer oder mehreren anmutigen Vortragsformen, meist von Zeitgenossen, beleuchtet. Goetheverehrer und Singspielliebhaber wird die kritische Sammlung besonders erfreuen. Der Verlag des Theaterkulturverlags (Heidelberg, Gaisbergstr. 2) hat, zu beziehen ist, diese Goethe-Nummer in zwei Bänden, das zweite und letzte Singspiel, das außerdem noch überlieferte Werke von Grill, Noth, Gounod, Recoco, Wachsner, Bismarck, Martin, Mozart, die musikalischen Dankschreiben von Grill, Silber u. a. m. einbezieht.

Europa als Urheimat der Arier. Bisher nahm man an, daß die Urheimat der Arier in Hindostan zu suchen sei, und die Arier von dort in Europa eingewandert wären. Nach neueren Forschungen ist man, wie Prof. D. Montelius (Stockholm) in „Antiqua“, Stockholm über die Vorfahren in Skandinavien und Zentral-Asien, veranlaßt, zu der Ansicht zu kommen, daß gerade das Urmelch der Arier war, und daß Europa die in Asien lebenden Arier eingewandert waren. Es ist damals noch keine Germanen, Kelten, Slaven, nur Menschen, in Norden im eisernen Mittel Europa herumzuziehen und die Jahre der unter diesem Namen bekannten Völker waren. Laufe der Jahrtausende entwickelten sich durch natürliche Differenzierung in den verschiedenen Landstrichen Europas die einzelnen arischen Stämme. Man hat nachgewiesen, daß vor ungefähr 15 000 Jahren, als in Skandinavien die arischen Völker zurückzuziehen, Menschen dort lebten, die genau denselben Schädelbau und gleiche Rasse aufwiesen wie heute derselben Zeit aus Mitteleuropa. Da aus diesen Menschen die Skandinavier, also Germanen, sich entwickelten, kann man sich sicher annehmen, daß sie ebenso wie die anderen in Europa wohnenden arischen Völker europäische Vorfahren sind. Alles, was wir jetzt kennen, macht es auch wahrscheinlich, daß die in Asien wohnenden arischen Völker Europa gekommen sind. Die wichtigsten von diesen sind die Völker in Kleinasien, die Meder und Perser in Iran, und die Hindar in Indien. Die Arier, die eine nahe Verwandtschaft mit iranischen Arier, den Medern und Persern haben, haben ihren alten Siedlungsraum in der Uebersiedlung aufbewahrt, die von Nordwesten her in Indien eingewandert sind. Die neuen Entdeckungen von heitlichen Schriftbildern haben eine große Ähnlichkeit mit arischen Sprachen an den Taa gebracht, auch die Deutlichkeit als Arier anzusehen werden dürfen.

Kunst und Wissenschaft.

„Lutiger“ Abend im Kurhaus.

Es mag heute geben, und wir wissen, daß es sie gibt, die sich über alles königlich amüsieren, was ihnen als „Lutiger“ oder „Heiter“ oder unter ähnlicher Pflanze vorangetragen wird. Umsonst, als die Zeit traurig und trostlos anging, daß viele Zeitgenossen mit Freunden die Gelegenheit wahrnehmen, die ihnen im Kurhaus, wenn auch allzu feierlichen Rahmen des großen Kurhaussaales die Gewähr gibt, daß sie auf „anständiger“ Weise einen Abend zuzubringen können. Wir sind unbedarft genug, darüber hinaus an dieser Stelle auch von einem Unterhaltungsabend eine besondere Note zu fordern. Die verschiedenen Künstler, die Frankfurt bisher zu diesem Zwecke nach Wiesbaden sandte, haben jedoch nur zeigen können, daß es in dieser Hinsicht in der Mainmetropole sehr schlecht bestellt ist. So daß der einmalige lustige und zugleich künstlerisch wertvolle Abend, den das Kurhaus bot, entchieden von der Raunheimer Künstlergesellschaft mit Irene Eden und Landorn dargestellt ward. Was die Frankfurter Herrschaften am Mittwoch gaben, war Variété mittlerer Güte. Gewiß gibt es Bühnen, denen auch diese Sächseln, die uns vor 20 oder 25 Jahren als „Kunststücke“ beifügten, als etwas Neues erscheinen, aber sowohl die waffen blutigen Mäße des Herrn Kean (die Sätze von dem rotierenden Dankschreiben hat uns schon der Großvater erzählt) wie auch die abgetragene Garnitur der „schönen“ Beiträge der „Serenissimus-Darsteller“ stellen denn doch an viel Ansprüche an die Unvorsichtigkeit, als daß dies alles widerspruchslos hingenommen werden könnte. Dann eine Vortragskünstlerin, die weder auf sprechen, noch singen konnte, eine Sängerin, deren aufscheinend noch nicht vollendetes Studium unter dem Deckmantel des Größten (sonst dieses läßt sich bei der „Ausgabenheit“ angeordnet werden kann) verschwinden sollte usw. usw. Wir sind überzeugt, daß in Wiesbaden genaue Kräfte aufzutreiben wären, die einen solchen Abend nicht nur bei weitem besser gestalten könnten, sondern ihn auch mit dem an dieser Stelle verlangenden künstlerischen „Einblick“ versehen würden. Jedenfalls sollte auch eine Reform der Unterhaltungsabende auf dem Programm der Kurverwaltung stehen, die in dieser

• Aus der Stadt. •

St. Agnes. Der Gedenktag der heiligen Agnes — der Schutzherrin der leidenden Unschuld — fällt bekanntlich auf den 21. Januar. Sie wird gewöhnlich unter Beifügung eines weissen Lammes und eines Scherenschnitts von den Mädeln zur Darstellung gebracht. Die legendenhafte Geschichte ihres Lebens und Leidens ist wie folgt: Der Stadtrichter zu Rom hatte die arme, anmutige Agnes für seinen lieblichen Sohn zur Frau gewünscht, mußte aber erfahren, daß das reine feuchle Weib nicht die Braut hatte, dem Bunde des Ehestandes zu entsprechen. Um Agnes zu erniedrigen und sich an ihr zu rächen, ließ er die Stadtrichterin zu den Törnen sperren; doch wußte sie unerschrocken dem Bösen zu widerstehen. Darauf wurde sie der Buhlerin angeklagt und zum Tode verurteilt. Im Jahre 303 soll sie gestorben sein. — In der ihr geweihten Kirche in Rom werden am 21. Januar die Gassen geweiht, aus deren Wölbung man das „Passium“ für den Erzbischof weht.

Umsatzen. Wegen der Verzinsung für Auszahlungen auf die noch nicht fällige Umsatzensteuer scheint noch immer Unklarheit zu bestehen. Die Bestimmungen werden daher nochmals zusammengefaßt: Die Verzinsung tritt mit 5 Prozent ein, wenn die Auszahlungen erfolgen und bevor die Steuer fällig geworden ist. Sie beginnt am Tage der Einzahlung beim Umsatzenamt und dauert längstens bis zum Ablauf des dritten Monats nach Schluß des Steuerabschnittes, erstmals also bis 31. März 1921. Wird der Steuerabschnitt vorher bekanntgegeben, so dauert die Verzinsung nur bis zum Eintritt der Fälligkeit, d. h. zwei Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides. Für die bis 31. Januar 1921 bewirkten Auszahlungen erhöht sich die Verzinsung auf die sich hernach ergebende Zeitdauer auf 6 Prozent.

Viehmarkt. Am gestrigen Viehmarkt fanden 63 Rinder, darunter 14 Ochsen, 11 Bullen und 38 Kühe und Färsen, 100 Kälber, 17 Schafe, 70 Schweine zum Verkauf. Der größte Teil der aufgetriebenen Tiere war aus dem diesseitigen Bezirk. Bei ruhigem Handel wurde der Markt in besserer Qualität bald geräumt, während mittlere und geringere langsam abgesetzt wurden. Den Käufern gelang es trotzdem nicht, Minderer einzukaufen. Die Preise beschwerten den lebhaften hohen Stand auf der ganzen Linie.

Männerauszüge für Minderbemittelte. Eine Anregung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung folgend, hat die Vermittlungshilfe für Aufträge bei der Handwerkskammer es übernommen, mit Unterstützung der Stadtverwaltung, eine größere Anzahl Männerauszüge anzufertigen zu lassen, um diese an billigen Preisen an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Es soll hierdurch die einseitige Arbeitslosigkeit im Schneidergewerbe gemildert, die Zahl der Erwerbslosen verringert, das dringende Bedürfnis der minderbemittelten Bevölkerung Wiesbadens nach billigen Kleidern befriedigt werden. Alle diejenigen Einwohner Wiesbadens mit einem Einkommen bis 18.000 M., welche von vorgenannter Einrichtung Gebrauch machen wollen, können sich täglich bei der Lieferungsanstalt der Schneider, Wiesbaden, Nikolusstraße 41, sowie beim Verband der Schneider und Schneiderrinnen Ortsgruppe Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Weststraße 12, melden. Dasselbe sind Männerauszüge zur Verfügung ausgestellt, ebenso können dort alle weiteren Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden.

Abstimmung in Oberhessen. Die von der Interalliierten Abstimmungskommission genehmigten, in deutscher und polnischer Sprache abgefaßten, Formulare zu den von den Abstimmungsberechtigten bei den paritätischen Ausschüssen einzureichenden Gesuchen sind jetzt hier eingetroffen und können in der Zeit von Mittwoch, den 19. bis Freitag, den 21. Januar, einschließlich von 9—12 und 3—6 Uhr Marktstraße 1/3, 1. Stock (gegenüber dem Polizeipräsidium) von den Abstimmungsberechtigten (Ausweis mitbringen) in Empfang genommen oder dort gleich ausgefüllt werden. Bild und 2 Nachbilder in der Größe von 4x4 Zentimeter. (Bruit ohne Gut.) Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach dem Abstimmungsreglement in dem Gesuche der Zeitpunkt angegeben ist, wenn der Abstimmungsberechtigte Oberhessen verlassen hat und daß — wenn tragend möglich — zwei oder mehrere in Oberhessen wohnende Personen, die den sich Anmelgenden persönlich kennen, zu benennen sind.

Reichsnoteopfer. Wie aus der Vorstand des Klein- und Mittel-Reichsnoteopferverbandes Hefen-Nachau mitteilt, ist der Zentralstelle des Deutschen Reichsnoteopferverbandes in Berlin seitens des Reichsministers der Finanzen folgender Bescheid bezüglich der Zahlung des Reichsnoteopfers aus-

gegangen: In einer Reihe von Einreden und einlaufenden Berichten ist auf die schwierige Lage hingewiesen worden, in die diejenigen Steuerpflichtigen geraten sind, die Anträge auf Auslösung des Reichsnoteopfers nach § 27 des R.-N.-G. gestellt haben, infolge der zeitlich beschränkten Ausnahme von selbstgeschuldeten Kreditsanleihen. Da die Anträge vor dem Fristenablauf in der Regel nicht entschieden sein werden, geraten die Steuerpflichtigen für den Fall der späteren Ablehnung ihres Antrags in die Gefahr, der Vergünstigung der Einrede von Kreditsanleihen zum Vorzugsurteil verurteilt zu werden. In diesen Fällen bin ich nach § 43 Absatz 3 des R.-N.-G. ausnahmsweise bereit, selbstgeschuldeten Kreditsanleihen zum Vorzugsurteil in Zahlung zu nehmen, wenn die Kreditsanleihen innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ablehnungsbescheides unter Vorlage desselben bei der Abnahmebehörde zur Zahlung hinstellen werden. — Ich erlaube die Landesfinanzämter, die Finanzämter und Anwaltschaften mit Mitteilung zu versehen. Der Reichsminister der Finanzen, in Vert. des. Rati.

Die Verdoppelung des Invalidenmarkenpreises. Die Mitteilung der Presse, die vor kurzem die Nachricht brachte, daß Invaliden-Versicherungsmarken nach einer Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 21. Dezember ab zum doppelten Preis verkauft werden, wirkte für die beteiligten Kreise als Ueberraschung, da von den betr. Verhandlungen hier nichts bekannt geworden war. Der Kaufmännische Verein Wiesbaden hat sich wegen der neuerlichen Belastung an die Handelskammer gewandt und das Reichsversicherungsamt Berlin ersucht hierauf folgenden Bescheid: „Die Verdoppelung des Preises der Beitragsmarken beruht auf einem Gesetz vom 26. Dezember 1920, das inwieweit in der letzten Nummer des Reichsgerichtsblattes für 1920 veröffentlicht worden ist. Demnach sollen die Beitragsmarken zur Beschaffung von Mitteln für Beiträge an Invaliden- und Hinterbliebenen-Pflichtentwässerung vom 20. Dez. 1920 an zum doppelten Wert berechnet werden. Das Reichsversicherungsamt kann nur anheim geben, daß sich Arbeitgeber, die noch Marken für die früheren Zeiten zu verwenden haben, an die Landesversicherungsanstalt mit dem Ersuchen wenden, ihnen diese Marken zum einfachen Nennwert zu liefern, und daß sie, falls die Landesversicherungsanstalt es ablehnt, den Weg des § 1459 der Reichsversicherungsordnung beschreiten.“ (§ 1459 der RVO. lautet: „Bei Streit über die Beitragsleistung entscheidet, wenn er nicht bei der Rentenfestsetzung hervortritt, das Versicherungsamt und auf Beschwerde endgültig das Oberversicherungsamt. Diese Behörden sind an die amtlich veröffentlichten grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes gebunden. Handelt es sich um eine noch nicht feststehende Auslegung gesetzlicher Vorschriften von grundsätzlicher Bedeutung, so läßt das Oberversicherungsamt die Sache unter Berücksichtigung seiner eigenen Ansicht an das Reichsversicherungsamt ab, wenn es der Beschwerdebehörde innerhalb der Fristenfrist beauftragt hat. Auch andere Beteiligten können diesen Antrag binnen einer Woche stellen nachdem sie die Gelegenheit sich zu äußern erhalten haben. Das Reichsversicherungsamt entscheidet in diesen Fällen nach dem Oberversicherungsamt.“)

Eine Prüfung für Blindenlehrer findet am 1. April in Berlin statt. Wer sich dieser unterziehen will, muß bis zum 20. Febr. sich bei seiner Regierung resp. seinem Provinzialkollegium bewerben unter Einreichung der vorgeschriebenen Papiere. Die nicht im praktischen Schuldienst tätigen Bewerber können sich direkt bei dem Minister um ihre Zulassung bewerben.

Eine Vollversammlung der Landwirtschaftskammer findet am Freitag, den 28. Jan., vormittags 9 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungslokal des Rathauses in Wiesbaden statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr; 2. Bericht des Ausschusses I zur Vorprüfung der (Wahlen) über die künftigen Neuwahlen; 3. Abnahme der Jahresrechnung für 1919/20 und Entlastung des Rechnungsführers; 4. Bericht des Ausschusses für Rechnungsprüfungen; 5. Organisation und Beamtensachen; 6. Festlegung des Haushaltsplanes für 1921/22; 7. Innere Kammerangelegenheiten und geschäftliche Mitteilungen.

In der Polizeibehörde im alten Museum, für die sich ein lebhaftes Interesse zeigt, findet von der nächsten Woche an auch vormittags offizielle Beratungen statt. Wird unter anderem die Feuerung von Amerikaner-Defen mit geringwertigen Brennstoffen geseit. Im Publikum besteht vielfach die Ansicht, daß diese ausschließlich mit Anthracit oder höchstens mit Anthracit-Eierkoffen oder Koks geheizt werden können. Bei geschickter Handhabung ist es jedoch, wie dort gezeigt wird, möglich auch mit Beimischung von erheblichen Mengen geringwertiger Braunkohlenbriketts oder Braunkohlen sogar Dauerfeuerung in diesen Öfen aufrecht zu erhalten.

Die eingeführten Ergänzungen des Unterrichtes in den Leibesübungen sind Schullehrerinnen, an denen teilnehmenden die Schüler ebenso gut verpflichtet sind, wie an dem übrigen Turnunterricht. Einmalige Befreiungen können nur im Sinne des Ministerialerlasses vom 24. Jan. 1920 erfolgen, wie der Minister selbst in seinem neuen Erlass bekannt gibt.

Gemeindeabend. Am nächsten Sonntag, den 22. Jan., abends 8 Uhr, findet im Gemeindegarten der Veraltete, Steingasse 9, wieder ein Gemeindeabend statt. Nach einem Referat über „das Gemeindeleben im Rahmen der neuen Volksgesetze“ ist eine Aussprache über wichtige Gemeindeangelegenheiten vorgesehen im Anschluß an die Verhandlungen der letzten Kreisynode. Der Kirchenarbeitsverein hat seine Mitwirkung freundlich zugesagt. Außerdem werden noch andere musikalische Vorträge dargeboten. So verpflichtet der nächste Gemeindeabend wieder viel des Interessanten und Unterhaltenden. Die Gemeindeglieder der Veraltete werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Vorträge für Berufsberatung finden am Sonntag, den 23. Jan., in der Aula der Gewerkschule, Weststraße 38, für die Schulen Minderplatz, Vorch, Gütenberg, und Rohnstraße statt. Beginn: Für Knaben um 4 Uhr, für Mädchen um 5 Uhr.

Examen II mit Oberexamen. Um Irrtümern vorzubeugen, sei bemerkt, daß auch in diesem Jahre Schülerinnen in die unterste Klasse des Oberexamens aufgenommen werden.

Auswanderung. Die Not des Vaterlandes hat den Gedanken, auszuwandern und in fremdem Land eine neue Heimat zu gründen, oder bessere Lebensbedingungen zu finden, wieder stark in weiten Kreisen unseres Volkes hervortreten lassen. Südamerika lockt viele an, nach Amerika schauen große Scharen sehnsüchtig aus, in der Schweiz hoffen namentlich junge Mädchen als Erzieherinnen oder Hausmädchen ihr Glück zu machen. Trotz vieler traurigen Erfahrungen werden alle wohlgeleiteten Warnungen immer wieder in den Wind geschlagen. Neuerdings kommen aus Spanien Angebote für junge Mädchen. Nach zuverlässigen Nachrichten befehen diesen Angeboten gegenüber ernste Bedenken, da in vielen Fällen mit einer Gefährdung der Mädchen gerechnet werden muß. Es ist anzuraten, eine Stelle nur bei solchen Familien anzunehmen, die der Bewerberin selbst bekannt oder von zuverlässiger Seite als durchaus vertrauenswürdig empfohlen worden sind.

Von der Frankfurter Frühjahrsmesse. An der Frühjahrsmesse vom 10. bis 17. April wird eine große Zahl unserer namhaftesten Werkstoffabriken und Maschinenindustriellen zum ersten Male teilnehmen. Auch die Beteiligung der Textilfirmen an der Musterausstellung wird stark sein. Die Ausstellung bietet zwei Sonderausstellungen, einmal eine Ausstellung von asiatischer Kunst und dann eine historische Ausstellung des „Schönen Buches“, die die Entwicklung des Buches aus den ersten Anfängen bis zur Jetztzeit zeigen soll. Diesen beiden Ausstellungen steht eine große Kunstausstellung zur Seite, an die sich eine große Versteigerung von Kunst anschließt.

Wer ist Eigentümer? Die Kriminalpolizei beschlagnahmte folgende Gold- und Silbergegenstände, die von Diebstahl herrühren dürften: 22 große silberne Eßlöffel, aus M. A. S. 1890, 1. T. 3. 1890, 8 kleine Silberlöffel, aus M. A. S. 1890, 3 silberne Weinbecher, 2 silberne Tassen, 1 silberne Untertasse, 1 silberne Schale, 1 silberne Schüssel, 1 silberne kleine Schüssel, 1 silberne Tortenschüssel, 1 silberne Tabakdose, 2 goldene Herrenringe, verschiedene goldene Damenringe und Ohrringe, 1 goldenes Kreuz, 1 goldene Brosche mit Perlen, 1 Paar Ohrringe, 1 Brosche (4 Goldstücke), 2 kleine Opalohrringe, 3 silberne Damasttaschen. Interessenten werden gebeten, am Samstag 21. der Polizei-Direktion erscheinen zu wollen.

Diebstahl. Am Mittwoch wurde im Ritz des Hauptpostamts ein Fahrrad, Marke „Störmer“, mit schwarzem Rahmen und Torpedoreifen gestohlen. — Am selben Tage wurde in der Schulgasse von einer Kasse ein Raub mit Schmuck (ein Penten) gestohlen. — In letzter Zeit sind aus einem Dienstgebäude in der Wilhelmstraße mehrere hundert elektrische Birnen gestohlen worden. Der Raub wird dringend erwartet.

Wasserstände am 20. Jan. Rheine 1.30, Rarax 3.15, Mannheim 2.02, Mainz 0.33, Bingen 1.53, Rheinsburg 2.08, Romb 1.63, Koblenz 2.20, Köln 2.15, Trier 1.76.

Israelitische Gottesdienste.

Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Weststraße 22. Freitag abends 8.45 Uhr. — Sabbat, morgens 8.45 Uhr, Sonntag 10.45 Uhr, nachm. 3 Uhr, abends 8.45 Uhr. — Hochzeiten, morgens 7.15 Uhr, abends 8.45 Uhr. **Israelitische Kultusgemeinde.** Synagoge Weststraße 22. Freitag abends 8.45 Uhr. — Sabbat, morgens 8.45 Uhr, Sonntag 10.45 Uhr, nachm. 3 Uhr, abends 8.45 Uhr. — Hochzeiten, morgens 7.15 Uhr, abends 8.45 Uhr.

Stieppdecken, Daunendecken, Wolldecken feinste Spezialqualitäten **Deckbetten** 395⁰⁰ **Betten-** **Spezialhaus Buchdahl, Wiesbaden** **Bärenstr. 4** **Bücherei** **La Inlett** **La graue Daunnen**

Im Haß. Roman von Richard Heinrich Förs. Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker Berlin. (Nachdruck verboten.) „Seht, das sagt Ihr so! Krone tue ich das, nur muß ich schnell gehen, ehe die vierzigtausend Dollar — aber einhunderttausend Mark!“ — Moser sprach die Summe mit besonderem Nachdruck aus — „verloren sind. Das Geld liegt nämlich in der Post und bleibt so lange liegen, bis ich eine Schenkungsurkunde aufweisen kann mit Unterschrift und Siegel. Die Handschrift von dem Verstorbenen habe ich in seinen Papieren, aber —“ er beugte sich weiter über den Tisch herüber — „nachdem! Versteht Ihr? Das ist es! Tausend Dollar, wer mir einen anweist, der's macht. — Aber verschwiegen muß der Kerl sein.“ Moser hatte seine Pfeife beiseite gelegt und seinen Kopf in beide Hände gestützt, unter seinen halb geschlossenen Augen krohn scharf beobachtend. „Und dieser Kerl hat seinen Kopf in beide Hände gestützt und lächelt mit seinen umflorten Lippen Moser an. So lagen sie beide eine kurze, kumme Weile lang, dann krohn seine Arme auf die Tischplatte fallen. „Eine Schenkungsurkunde — die Unterschrift!“ sagte er mit einem Lächeln als zu Moser. „Am! Ja!“ Er horchte weiter noch immer an. Er war stark betrunken und durch die Annahme von Moser heimlich beigebrachten Tropfen betäubt. Dennoch aber nahm er sich zusammen, um einigermaßen die gebotene Vorsicht zu beachten. Moser beobachtete das misstrauische Nicken seines Gegenübers, trat aber mit keinem beruhigenden Versuch dem misstrauischen Krohn entgegen. „Er tat vielmehr ganz unbefangen und griff zu einem, wie er aus Erfahrung wußte, probateren Mittel. „Wohin traut er sein Glas aus und erhob sich mit den Worten: „Reiter, ich hab' Euer Wort. Was ich Euch ver- traut, geht keinen Dritten etwas an.“ Er streckte Krohn seine Rechte entgegen. „Meine Stiefel werden wohl fertig sein. — Auf!“ — Krohn rief des anderen Hand zutraul. „Wenn die Stiefel fertig sind, werden sie die schon bringen — bleibt sitzen —, wir sind ja noch nicht fertig! — Ich laß Euch — vielleicht helfen!“ Moser aber tat, als wenn er die Sache für erledigt an- sah und bei der Absicht beharrte, gehen zu wollen. „Reiter, ich habe Euch die Sache vertraut, weil das den Kerger erleichtert, helfen aber könnt Ihr mir nicht!“ Mit diesen Worten streckte er aufs neue Krohn seine Hand zum Abschied entgegen, die dieser aber wiederum ab- wies, indem er erwiderte: „Seht Euch! — Nun, seht Euch doch! So, und nun sagt mir mal, wenn ich Euch einen nenne, — einen — der Euch helfen kann. — Rat!“ fuhr er fort, als Moser nicht gleich antwortete und nachdenklich vor sich hinsah. „wo! — was sagt Ihr dann?“ „Dah es Euer Schaden nicht sein sollte?“ „Und was kriegt ich?“ Moser schenkte sich zu bedenken, dann antwortete er: „Was ich einmal gesagt habe, soll bleiben, tausend Dollar!“ Krohn aber machte allem weiteren Bödern ein Ende, er streckte seine Hand Moser entgegen: „Schlagt ein! Ich helfe Euch!“ Moser hob seine Hand, einzuschlagen, hielt aber auf halbem Wege an: „Reiter, ich gebe Euch tausend Dollar, aber erst, wenn mir wirklich geholfen ist! Mitgehen sollt Ihr, wenn ich das Geld erhebe!“ Diese heimlich misstrauische Vorsicht benahm Krohn auch den leisesten Zweifel an der Richtigkeit der Sache und be- trauete ihn aller Vorsicht.

„Traut er mir nicht? — Na, da sollt Ihr sehen, daß Ihr mir Unrecht tut. — Ihr traut mir zahlen — wenn der Mann — den ich Euch anweise — Euch das Ding gemacht hat. — Sogar! Kann er nicht die Unterschrift — von dem andern?“ Moser bejahte. „Dann schlagt ein!“ Der Detektiv zögerte noch etwas, dann schlug er ein. Krohn hielt dessen Hand in der seinen fest: „Tausend Dollar — wieviel Mark sind das?“ „Über vierhundert Mark.“ „Gut! — Also fünfhundert Mark — wenn Euch mein Mann das Ding — mit der Unterschrift — fertig ge- macht hat!“ „Es gilt!“ erklärte Moser. „Aber die Unterschrift muß genau stimmen! Und, wie gesagt, mitgehen sollt Ihr, wenn ich das Geld erhebe!“ „Die Unterschrift wird stimmen!“ versicherte Krohn, schüttelte die Hand Mosers, die er dann freiließ. „Zieht das nur meinen Mann — seine Sorge sein, der kennt das schon. — Morgen geh ich zu ihm — und bespreche die Sache mit ihm! Kommt morgen abends so gegen — sechs und sieben Uhr: in den weißen Schwan hier an der Ecke von der Rheingasse — da soll ich Euch — Weidew!“ Moser versprach, sich zur bestimmten Zeit dort ezu- finden, wartete aber Krohn nochmals, etwas auszufragen, und ging dann, von jenem mit schwankenden Schritten begleitet, in die Weststraße. Eine inzwischen ausgeschickte Stiefel in Empfang zu nehmen. (Fortsetzung folgt.)

TRAURINGE Mallor Gold, gullampelt, M. 30, — an. Enorme Auswahl. **BOK, Kirchgasse 78.**

3. B. Siedelungs-Genossenschaften haben den ihren Mitgliedern vor allem eine Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Sie wollen mit etwas Gartenbenutzung zu versehen. Ein Garten dürfte aber kaum ausreichend sein, um daraus ein Ernährer als Landwirt zu ziehen. Wenn Sie also sich nicht eine Existenz artünden wollen, müßten Sie schon die in der Hand haben, u. sich ein Grundstück zu kaufen, das groß genug und bei angemessener Bewirtschaftung einträglich genug ist, um einen Lebenser zu ernähren.

Steuer. Aus Ihrer Anfrage ist nicht zu ersehen, ob Ihrem Manne gerichtlich geerbt worden ist, oder ob die nur auf gegenseitiger Vereinbarung beruht. Das ist aber nicht, um die Rechtmäßigkeit des Steuerabzugs für die Unterhaltung feststellen zu können. Sie wenden sich an den Finanzamt. Die Bestimmung Ihrer eventuellen Steuerpflicht hängt davon ab.

Verantwortlich für Politik und Gesellschaft. 1. B.: Heinz Grottel
 Abgaben redaktioneller Teil: Hans Grottel. Für den Inhalt
 gesellschaftliche Mitteilungen: 3. B.: Grottel. Grottel in
 Band u. Verlag des Reichshausen Verlagshaus

6. 1. Mikäli...